

einblicke

Nr. 6/September 2020

Das Magazin der Bundesgesellschaft für Endlagerung



Das Ende der weißen Landkarte

Wie es mit der Suche nach
dem Endlager für hoch radioaktive
Abfälle weitergeht



Liebe Leserinnen und Leser!

Archäolog*innen haben diese Frischkäseverpackung geborgen – an dem Ort, wo im Frühjahr 1980 für einen Monat lang die legendäre Freie Republik Wendland bestand. Ausgerufen wurde sie von Mitgliedern der Anti-Atomkraft-Bewegung aus Protest gegen Probebohrungen für ein nukleares Entsorgungszentrum. Bis zu 1000 Menschen lebten damals in mehr als 100 Hütten. An den Wochenenden kamen noch einmal einige Tausend Besucher*innen hinzu – bis Polizei und Bundesgrenzschutz das Areal nach 33 Tagen räumten. Artefakte wie jene Käsepackung zeugen heute von der kurzen Zeit des Alltags im „Freien Wendland“ und der langen Geschichte des Widerstands gegen ein atomares Endlager.

„Intransparent, willkürlich, von oben herab“, so ist die Entscheidung zugunsten Gorlebens als Endlagerstandort von den Kritiker*innen empfunden worden. Doch der Gesetzgeber hat aus den Fehlern gelernt und 2017 in einem überparteilichen Konsens ein neues Standortauswahlverfahren beschlossen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wurde mit der Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein Endlager für sämtliche hoch radioaktiven Abfallstoffe beauftragt. Dabei orientiert sich die BGE streng an wissenschaftlichen Kriterien und berichtet transparent über ihr Vorgehen.

Die Standortauswahl ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sieht das Standortauswahlgesetz eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten vor. Die BGE arbeitet nicht im luftleeren Raum, sondern wird von einer starken Aufsichtsbehörde überprüft, von einem Nationalen Begleitempium mit Akteneinsichtsrechten begleitet und von Bürger*innen kritisch hinterfragt.

Das Standortauswahlverfahren begann mit der weißen Landkarte, auf der die BGE in einem ersten Schritt jene Teilgebiete ausweist, die günstige geologische Voraussetzungen für die dauerhafte und sichere Endlagerung erwarten lassen. In einem zweiten Schritt erfolgt eine Eingrenzung der obertägig zu untersuchenden Standortregionen, die nach einer weiteren Reduzierung dann untertägig erkundet werden. Das Ziel ist es, 2031 einen Endlagerstandort gefunden zu haben.

In diesem Herbst ist der erste Schritt getan: Dann veröffentlicht die BGE den „Zwischenbericht Teilgebiete“, der das Ende der weißen Landkarte bedeutet. Um was es geht, wer dabei mitredet und wie es weitergeht, lesen Sie in diesem Magazin.

Ihr Einblicke-Team



In einer Modell-
bahnanlage stellten
Schüler*innen
aus Stadthagen einen
Castortransport nach

Es ist viel schiefgelaufen

Nach jahrzehntelangem Streit um das geplante Endlager Gorleben gab es nur einen Weg aus der Sackgasse: den Neubeginn der Standortsuche. Ein Blick zurück – und nach vorn

Von Joachim Schüring

Der Autor ist Geologe und Wissenschaftsjournalist. Er leitet den Berliner Standort der ZEIT-Tochter Tempus

Vor über 40 Jahren erschien in der Wochenzeitung DIE ZEIT ein Beitrag, der sich heute nur mit dem Geist jener Zeit erklären lässt. In der Ausgabe vom 18. Februar 1977 wurde Ernst Albrechts überraschende Entscheidung, in Gorleben ein nukleares Entsorgungszentrum zu errichten, nämlich wie folgt kommentiert: Wenn er, der niedersächsische Ministerpräsident, dabei bliebe, würde Bonn „wenig Freude an der Einlösung des Albrecht-Versprechens haben.“ Denn, so schrieb der Autor: „Dieses Stück Bundesrepublik ragt tief in die DDR hinein und könnte von einer kleinen Truppe im Handstreich genommen werden.“ Es war die Zeit des Kalten Krieges, und die sicherheitspolitischen Bedenken gab es wirklich: Ein Überfall aus Feindesland schien damals wahrscheinlicher als der Widerstand der eigenen Bevölkerung.

Doch der formierte sich schon bald. Und er war massiv. Die Anti-Atomkraft-Bewegung gewann nach Albrechts Ankündigung an Wucht. Ende März 1979 machten sich viele Kritiker*innen mit Traktoren vom Wendland auf den Weg nach Hannover. Vor rund 100 000 Demonstrant*innen rief ein Landwirt dem Ministerpräsidenten entgegen: „Mein lieber Herr Albrecht, wir wollen deinen Schiet nicht haben.“ Im Herbst desselben Jahres versammelten sich noch einmal so viele in der

damaligen Bundeshauptstadt Bonn. Es waren die bis dahin größten Anti-Atom-Demonstrationen der Republik. Im Frühjahr 1980 strömten schließlich mehrere Tausend Menschen in den Gorlebener Forst, besetzten das Gelände der „Tiefbohrstelle 1004“ und riefen dort die legendäre Freie Republik Wendland aus.

Heute, vier Jahrzehnte später, ist Gorleben ein Begriff für die gescheiterte Suche nach einem Endlager, das es bis heute für den hoch radioaktiven Atommüll nicht gibt. Hier nicht und auch sonst nirgendwo in Deutschland. Der Abfall lagert weiterhin in oberirdischen Zwischenlagern (siehe S. 10/11).

Gescheitert ist das Projekt aus zwei Gründen. Erstens gab es nach der Verkündung des Standortes durch den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht immer Zweifel an der wissenschaftlichen Begründung desselben. Zweitens war zuvor niemand gefragt worden. Die Politik hatte, blauäugigerweise wohl, vollendete Tatsachen geschaffen. Seither symbolisieren Bilder von angeketeten Demonstrant*innen und blockierten Castortransporten das Versagen des Staates und erschweren den Dialog bis in die Gegenwart. Es war wirklich viel schiefgelaufen.

Doch stets war klar: Von selbst löst sich das Problem nicht. Solange deutsche Atomkraftwerke Strom erzeugen, würden sich die Hallen der Zwischenlager füllen. Doch sollte es noch einmal viele Jahre dauern, bis – vor allem im Lichte der Reaktor-katastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 – endlich parteiübergreifend klar wurde, dass die Suche nach dem Endlagerstandort vollkommen neu beginnen musste. 2013 machten Bundestag und Bundesrat für diesen Neustart den Weg frei. Dabei gilt das Prinzip der „weißen Landkarte“: Alle

Orte im Land sollten gleichberechtigt neu beurteilt werden, weshalb auch der umstrittene Salzstock Gorleben nicht ausgeschlossen wurde.

Vor allem sollte aus den beiden Kardinalfehlern von Gorleben eine Lehre gezogen werden. Erstens hatte die neuerliche Suche nach wissenschaftlichen Kriterien zu erfolgen. Zweitens setzten die Akteure jetzt endlich auf größtmögliche Transparenz – und legten die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit in die Hände des 2014 gegründeten Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, kurz: BASE.

Es gibt sogar – und das gab es in Deutschland bisher bei keinem Großprojekt – ein „Nationales Begleitgremium“, ein, wie es auf seiner Website heißt, „unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium“, in dem sich alle Menschen repräsentiert sehen sollen. Die 18 Frauen und Männer begleiten den gesamten Prozess und achten als Vermittler*innen darauf, dass die Bürgerbeteiligung nicht zu kurz kommt.

Die wissenschaftlichen Standards für die Suche nach dem Endlager stehen im 2017 überarbeiteten Standortauswahlgesetz. Ziel ist der Ausschluss ungeeigneter und die Ermittlung geeigneter Standorte durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Verfahren wie die dauerhafte Lagerung an der Erdoberfläche, die Entsorgung der Abfälle im Meer, arktischen Eis oder sogar im Weltall waren zuvor geprüft und verworfen worden. Das atomare Endlager muss, da sind sich die Expert*innen einig, unterirdisch angelegt werden – und zwar in Salz-, Ton- oder kristallinen Wirtsgesteinen. Diese Gesteine müssen jeweils Formationen bilden, die mindestens 300 Meter unter der Geländeoberfläche liegen, mindestens 100 Meter mächtig sowie hitzebeständig und wasserdicht sind (siehe Bild).

Die Festlegung auf diese drei Wirtsgesteine ergibt sich allein aus ihrer potenziellen Eignung als Endlager. Steinsalzlagerstätten etwa sind im Idealfall besonders standfest, sodass sich auch große Hohlräume leicht und ohne größere Sicherungen herstellen lassen. Außerdem verhält sich Steinsalz unter hohem Druck eher plastisch, sodass die Gefahr der Rissbildung gering ist – das Gestein ist dann praktisch wasserdicht. So wie viele Tongesteine auch. Sie können sich ebenfalls plastisch verformen, aufgrund ihrer mineralischen Zusammensetzung binden Tonminerale zudem Schadstoffe, auch Radionuklide. Kristalline Gesteine wie Granit hingegen sind fest, hart und sehr stabil, weshalb aber auch die Bildung von Klüften wahrscheinlicher ist. Das weltweit

Die Suche nach dem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird vor allem von den geologischen Voraussetzungen bestimmt. Im weiteren Verfahren gibt es zudem planungswissenschaftliche Abwägungen



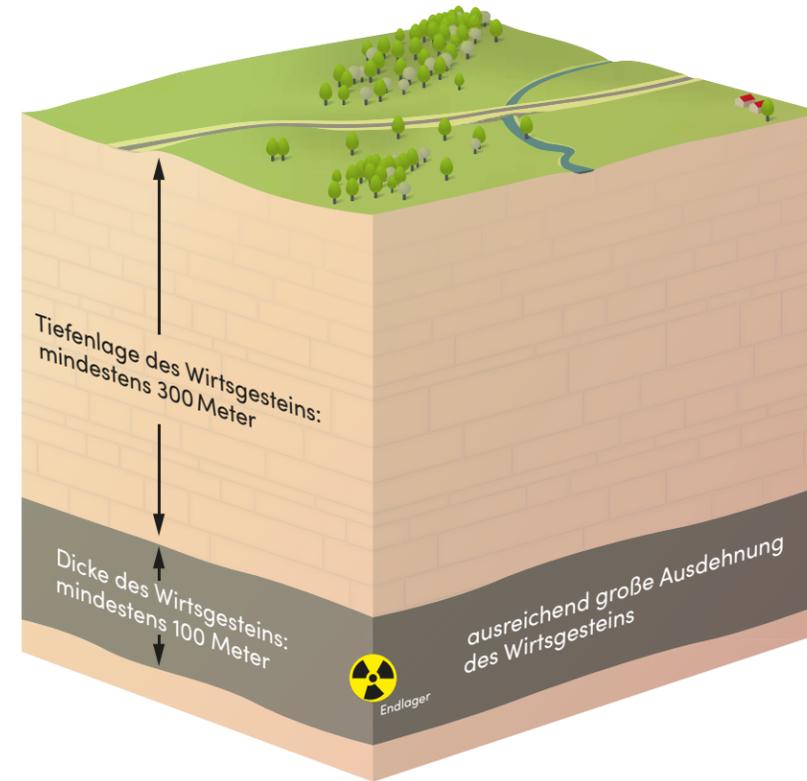
erste, fast fertiggestellte Endlager für hochradioaktive Abfälle auf der finnischen Ostseeinsel Olkiluoto wurde übrigens in einem dem Granit ähnlichen Gestein angelegt.

Doch erfüllt vor Ort natürlich nicht jede Salz-, Tonstein- oder Granitformation auch die Mindestanforderungen. Die Ende September präsentierte Landkarte wird daher vorerst nur die Regionen zeigen, in denen die potenziell geeigneten Wirtsgesteine vorkommen – und zwar in den geforderten Tiefen und Mächtigkeiten. Eine Aussage über den tatsächlich geeigneten Standort lässt sich aber noch nicht treffen.

Aussagekräftiger sind daher die nicht ausgewiesenen Gegenden. Diese Flächen bleiben weiß, weil es dort das Wirtsgestein gar nicht gibt oder sein Vorkommen zu klein ist. Oder weil die Expert*innen an der langfristigen Sicherheit zweifeln. Das sind etwa Regionen, in denen Bergbau betrieben wurde oder Störungszone zu erwarten sind. Kurzum: In solchen Regionen ist der Bau eines Endlagers ausgeschlossen.

Aus den Fehlern von Gorleben musste eine Lehre gezogen werden

Geowissenschaftliche Mindestanforderungen



Gezielte geologische Erkundungen fanden bisher nicht statt. Die Karte basiert allein auf der Auswertung von Daten der geologischen Landesämter, die den Untergrund Deutschlands seit Jahrzehnten erforschen und kartieren. Erst wenn die Zahl der potenziellen Standortregionen im nächsten Schritt ein weiteres Mal reduziert wird, überprüfen Expert*innen auch vor Ort, ob die natürlichen Gegebenheiten die Hoffnungen erfüllen. 2031 schließlich soll die Entscheidung für das deutsche Endlager fallen, danach wird es noch einmal mindestens 20 Jahre dauern, bis es in Betrieb geht. Die Betonung liegt auf „mindestens“.

Wenn spätestens Ende 2022 Deutschlands letztes Atomkraftwerk vom Netz geht, werden in den 16 Zwischenlagerstandorten rund 10 200 Tonnen hochradioaktive Abfallstoffe plus knapp 8000 Kokillen verglasteter Abfälle aus der Wiederaufarbeitung lagern (siehe S. 10/11). Für sie muss ein Wirtsgestein gefunden werden, in dem sich alles in allem ein

Abwägungskriterien

- undurchlässiges Gestein
- Tiefe und Mächtigkeit der Barriere
- geringe Bildung von Gasen
- Unempfindlichkeit bei Temperaturschwankungen
- Rückhaltevermögen des Gesteins und Erhalt der Barriere Wirkung
- Umgebung greift Behälter nicht chemisch an

Volumen von zwei bis drei Turnhallen lagern lässt. Und: Es darf kein Zweifel bestehen, dass dieses Endlager über einen Zeitraum von mindestens einer Million Jahren sicher ist.

„Eine Million Jahre“, das ist, wie Geolog*innen gerne sagen, „in der Erdgeschichte nur ein Wimpernschlag.“ Doch heißt das natürlich nicht, dass in einer Million Jahren nicht sehr viel passieren kann. Entlang tektonischer Bruchzonen kam und kommt es immer wieder zu Erdbeben – auch in Deutschland. Selbst Vulkanausbrüche sind in diesem Zeitraum zukünftig nicht ausgeschlossen. In der Eifel zeugen die Krater der Maare davon, die letzte Eruption erfolgte vor gerade einmal 11 000 Jahren.

Und, last but not least, gingen in der letzten Million Jahre fast ein Dutzend Eiszeiten über das Land hinweg. Die einige Hundert Meter mächtigen Eisschilde drangen von Norden kommend teils bis weit nach Norddeutschland vor. Trotz des von uns Menschen verursachten globalen

Temperaturanstiegs ist auch in Zukunft mit weiteren Eiszeiten zu rechnen.

Die Regionen, in denen es solche geologischen Risiken gibt, sind gut bekannt. Sie werden im Verlauf der Standort-suche im Rahmen „vorläufiger Sicherheitsuntersuchungen“ abgeschätzt. Deshalb wird für das Endlager eine Gesteinsformation gesucht, die seit über 30 Millionen Jahren stabil geblieben ist – und für die Prognosen für die kommenden eine Million Jahre zuverlässig möglich sind.

Damit der hochradioaktive Abfall, der seit Jahrzehnten in oberirdischen Zwischenlagern gesammelt wird, aber wirklich an einen langfristig sicheren Ort geschafft werden kann, hat höchste Priorität: die Beteiligung der Menschen. Denn völlig ohne Vorwarnung soll nie wieder ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in eine Region kommen, „nicht so wie damals in Gorleben!“ Dieses Versprechen der ehemaligen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks anlässlich des Neustarts vor drei Jahren gilt es nun zu halten.

Im Dialog

Die Auswahl eines Endlagerstandortes für hoch radioaktiven Atommüll ist ebenso schwierig wie brisant. Von Beginn an war die Suche von heftiger Kritik begleitet. In Zukunft soll der Dialog das Verfahren bestimmen

Ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle löst keine Begeisterung aus. Nirgends. Ängste, Befürchtungen und Abwehr reichen manchmal sogar bis in die Landesregierungen hinein. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) lehnt ein Endlager in seinem Bundesland kategorisch ab: „In Bayern macht ein Atommüllendlager keinen Sinn. Geologisch gesehen passt Bayern nicht, da das vorhandene Gestein eine deutlich schlechtere Sicherheit aufweist als zum Beispiel Gorleben, deshalb wird es hier auch kein sicheres Endlager geben.“

Damit kann Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen) wenig anfangen. Der Umweltminister in Baden-Württemberg erinnert vielmehr daran, „dass wir uns auf dieses Standortauswahlverfahren gemeinsam geeinigt haben“. Er wirbt dafür, „dem Prozess jetzt erst einmal eine Chance zu geben, sich zu bewähren“.

In Ostdeutschland gibt es bereits Kreistagsresolutionen, die präventiv ein Endlager abwehren wollen. Der Oberbürgermeister von Bautzen, Alexander Ahrens (SPD), geht so weit zu sagen, es sei „untragbar, dass die ostdeutschen Länder nun vielleicht den ganz überwiegend westdeutschen Atommüll aufgedrängt bekommen“. Ein Standort in Ostdeutschland sei auszuschließen.

Und dann gibt es noch die Anti-Atomkraft-Bewegung. Nach vielen Irrwegen von Energiewirtschaft und Politik in der Entsorgungsfrage ist sie traditionell skeptisch. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) ist auch nach mehr als 40 Jahren noch aktiv und engagiert – eine Institution der Umweltbewegung. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke formuliert seinen wichtigsten Einwand so: „Von vielen Seiten wird immer wieder versucht, den Standort Gorleben als mögliches Endlager im Spiel zu halten, obwohl die Argumente gegen Gorleben erdrückend sind.“ Die Gegenargumente hat er sofort parat: fehlendes Deckgebirge, Störungszonen, Gesteinsklüfte. Dass Gorleben nicht längst gestrichen sei – „das ist nicht fair und wissenschaftlich nicht haltbar“.

Das Argument, dass auf einer weißen Landkarte Gorleben nicht einfach politisch ausgeschlossen werden darf, zieht bei Ehmke nicht. Es hat aber eine parteiübergreifende Mehrheit im Bundestag überzeugt, die 2013 den Neustart und 2017 eine erste umfassende Novelle des Standortauswahlgesetzes beschlossen und damit die rechtliche Grundlage für die neue Endlagersuche geschaffen hat.

Tatsächlich steht die BI im Dialog und verweigert sich nicht. Ehmke betont: „Wir werden uns weiter vehement einmi-

Von Manfred Kriener

Der Autor schreibt seit vielen Jahren über Ökologie, Nachhaltigkeit und Wissenschaftsthemen

schen. Manchmal werden unsere Einwände sogar zur Kenntnis genommen.“ So hat die BI selbst ein „Gorleben-Kapitel“ für den Zwischenbericht Teilgebiete der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geschrieben. Die BGE will das aufgreifen und sich in ihrem Zwischenbericht mit diesem BI-Beitrag auseinandersetzen.

Der Jurist Ulrich Smeddinck vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe, der den ersten juristischen Kommentar zum Standortauswahlgesetz herausgegeben hat, sieht dagegen eine neue Qualität im Umgang des Staates mit den Bürger*innen. In einem Gastbeitrag für die BGE schreibt Smeddinck: „Der Gesetzgeber bekennt sich zu einem dialogorientierten Prozess der Beteiligung. So etwas gab es noch nicht: Das erfordert, vor allem zuzuhören und bereit zu sein, sich überzeugen zu lassen – für die staatliche Seite im Standortauswahlverfahren eine immense Herausforderung.“

Auch Jochen Stay ist eine Institution der deutschen Zivilgesellschaft. Er ist einer der Köpfe von „ausgestrahlt“, der



Die Endlagersuche ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ohne Einbindung der Menschen wird sie nicht erfolgreich sein

„Der Gesetzgeber bekennt sich zu einem dialogorientierten Prozess der Beteiligung. So etwas gab es noch nicht“

Ulrich Smeddinck,
Institut für Technikfolgenabschätzung
und Systemanalyse

bundesweit agierenden Anti-Atom-Initiative. Viele Jahre galt das eherne Gesetz: Über den Verbleib des Atommülls wird erst dann geredet, wenn alle Meiler abgeschaltet sind. Diese Haltung habe sich geändert, betont Stay. Dennoch genügt das Verfahren nicht seinen Ansprüchen. Seine Hauptkritikpunkte: ungenügende Transparenz und ungenügende Partizipation. Um die Menschen an den infrage kommenden Standorten in die Verantwortung zu bringen, sei es unverzichtbar, sämtliche verfügbaren geologischen Daten zu veröffentlichen. Stay: „Diejenigen, die es trifft, müssen bis ins Detail nachprüfen können, warum es sie trifft.“

Auch der Zeitplan gefällt ihm nicht, er sei auch angesichts der Corona-Problematik „unhaltbar“. Eine Online-Beteiligung der Bürger*innen auf der Fachkonferenz Teilgebiete sei keine Alternative. Präsenz vor Ort sei unbedingt erforderlich, um sich einmischen zu können.

Einer anderen Gruppe kann es dagegen gar nicht schnell genug gehen. Es ist die Vereinigung, zu der sich die Atom-

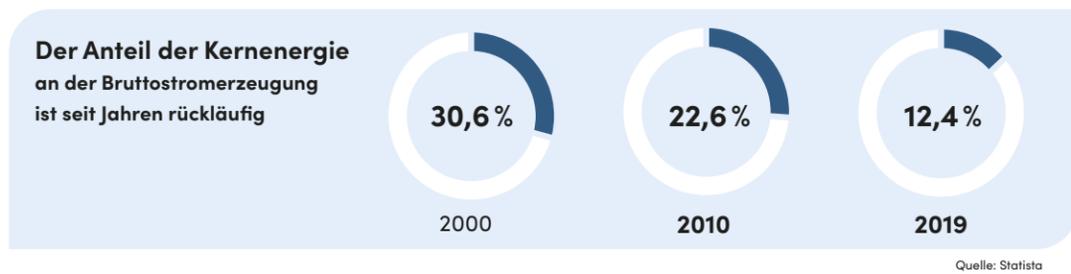
standorte zusammengeschlossen haben: ASKETA, die „Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen“. Die Gemeinden haben Angst, auf dem gefährlichen Atommüll noch Jahrzehnte sitzen zu bleiben. „Wenn wir ehrlich sind“, sagt Josef Klaus, Vorsitzender der ASKETA, „müssen wir davon ausgehen, dass vielleicht im Jahr 2080 das Endlager den Atommüll aufgenommen hat.“

Deshalb verlangt ASKETA, dass die Bundesinstitutionen „schneller in die Gänge kommen“. Die Atomgemeinden sollten regelmäßig unterrichtet werden. Klaus: „Ich kann nicht ständig im Internet surfen, um mir die Informationen selbst zusammenzusuchen, da gibt es eine Bringschuld der Behörden.“ Mit dem Zwischenbericht Teilgebiete und der Fachkonferenz sollte sich das in diesem Herbst ändern.

Dies ist die Zusammenfassung eines längeren Berichtes mit allen Statements der Kritiker*innen. Sie finden ihn auf der Homepage dieses Magazins: www.einblicke.de/im-dialog

Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie

Anfang und Ende der kommerziellen Atomkraft



Diese hoch radioaktiven Abfälle müssen ins Endlager

10 173 Tonnen Schwermetall

So viel wiegt der hoch radioaktive Abfall, der nach der Abschaltung des letzten Kernkraftwerks langfristig sicher in einem Endlager deponiert werden muss. Derzeit befinden sich diese Abfälle in Castoren, die in oberirdischen Zwischenlagern stehen

7979 Kokillen

Dabei handelt es sich um etwa 1,3 Meter hohe Behälter mit Spaltprodukten aus abgebrannten Kernbrennelementen. Diese Abfälle fielen in Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) an und werden nach Deutschland zurückgeführt

Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH

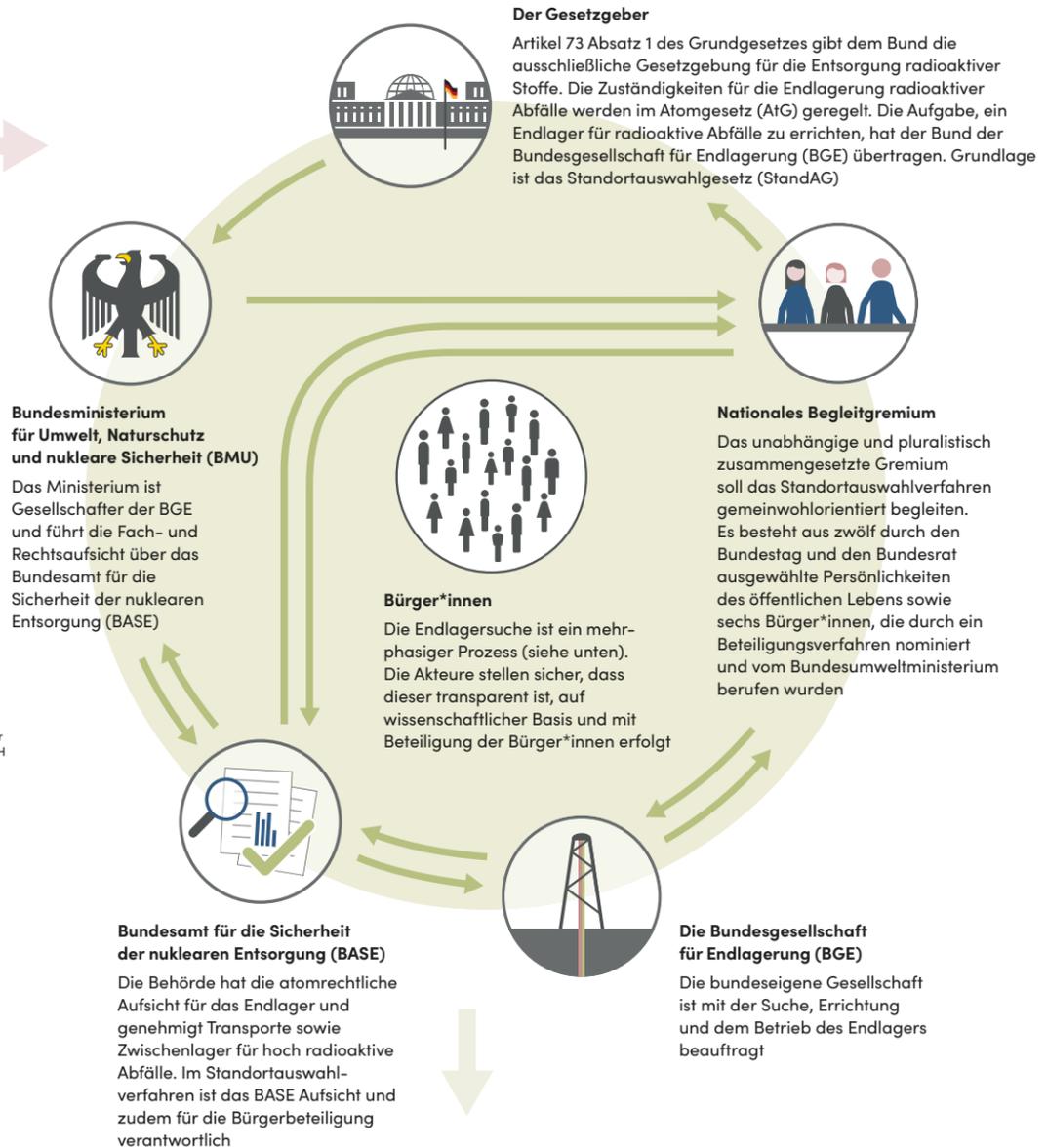
Noch befinden sich die Abfälle in Zwischenlagern



In den 16 oberirdisch angelegten Zwischenlagern stehen derzeit 1079 Castoren (Stand: Juni 2020)

Auf der Suche nach dem Endlager

Das sind die Akteure



Das ist der Zeitplan für die Endlagersuche



So geht es weiter:

- **Ende September 2020:** Zwischenbericht Teilgebiete
- **17./18. Oktober:** Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete in Kassel
- **Ab Ende Oktober** stehen Expert*innen der BGE auf Einladung für Informationsveranstaltungen in den Teilgebieten zur Verfügung

Was halten Sie
von der neuen
Endlagersuche?
Bitte sagen Sie uns
Ihre Meinung:
dialog@einblicke.de

Wir über uns

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) sucht den Standort für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle, der die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleistet. Außerdem betreibt sie die Endlager Konrad und Morsleben für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie die Schachtanlage Asse II und das Bergwerk Gorleben.

Im Internet finden Sie weitere Informationen rund um die Endlagersuche und die Beteiligung der Bürger*innen:

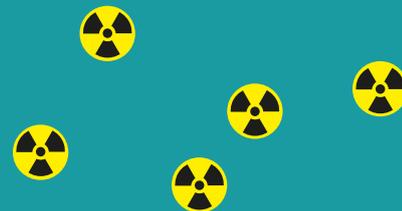
- **Bundesgesellschaft für Endlagerung:**
www.bge.de/endlagersuche
- **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:**
www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/endlagerprojekte
- **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE):**
www.base.bund.de
www.endlagersuche-infoplattform.de
- **Nationales Begleitgremium:**
www.nationales-begleitgremium.de
- **Auf der Homepage des Magazins bieten wir aktuelle Informationen und Berichte sowie barrierefreie PDFs aller Ausgaben. Dort können Sie auch Klassensätze bestellen:**
www.einblicke.de

Impressum

Herausgeber: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Eschenstraße 55, 31224 Peine, www.bge.de. V. i. S. d. P.: Manuel Wilmanns, Einblicke-Team: Dagmar Dehmer, Frank Ehrlich, Klaus Wild **Verlag:** TEMPUS CORPORATE GmbH, Alt-Moabit 94, 10559 Berlin; Projekt- und Redaktionsleitung: Dr. Joachim Schüring; Gestaltung: Chris Delaney, Jessica Sturm-Stammberger, Susanne Kluge; Bildredaktion: Kathrin Tschirner; Lektorat: Dr. Katrin Weiden; Herstellung: Dirk Woschei **Bildnachweise:** S. 2: SPIEGEL.de, S. 3: Günter Zint/Panfoto, S. 4: Michaela Mügge/PublIXviewinG, S. 6/7, 10, 11: EMDE GRAFIK, S. 9: Johannes Eisele/Getty Images **Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Die Einblicke sind auf einem FSC-zertifiziertem Papier unter Verwendung von Altpapier und wiederaufforstbaren Rohstoffen gedruckt und klimaneutral. Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investition in das Klimaschutzprojekt „Solarenergie Godawari, Indien“ kompensiert.

Erscheinungsdatum: 24.9.2020 **Vertrieb:** Diese Ausgabe des Magazins erscheint zeitnah als Bei-/Auslage in folgenden Medien: DER TAGESSPIEGEL, DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung, taz, WELT, ICE-Züch und DB Information der Deutschen Bahn



HINWEIS FÜR BLINDE UND MENSCHEN MIT SEHBEHINDERUNG

Dieses Magazin gibt es auch als barrierefreies PDF-Dokument: www.einblicke.de/magazine



Das Zeichen für verantwortungsvolle Waldwirtschaft